

# Berlin

Stimmen aus der Türkei



## TUSIAD

TS-BER/2014/12

IN DIESER AUSGABE:

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN  
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN  
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI  
ARTIKEL DES MONATS  
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13  
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76  
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93  
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399  
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46  
U S A : 1250, 24<sup>th</sup> Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771  
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206  
[berlinoffice@tusiad.org](mailto:berlinoffice@tusiad.org) [www.tusiad.org](http://www.tusiad.org)

## MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

### TÜRKIE ÜBERMITTELT ARMENIERN ERSTMALS OFFEN IHR "BEILEID"

*Fast 99 Jahre nach dem Massaker an Armeniern hat die Türkei sich erstmals offiziell dafür entschuldigt. Der türkische Ministerpräsident Erdogan übermittelte am Mittwoch sein Beileid. Von "Völkermord" reden mag Erdogan allerdings nach wie vor nicht.*

Fast hundert Jahre nach dem Massaker an den Armeniern im Ersten Weltkrieg hat die Türkei erstmals den Nachkommen der Opfer offen ihr Beileid übermittelt. Die Türkei wünsche sich, dass die Opfer "in Frieden ruhen" und übermittle den "Enkeln" der getöteten Armenier ihr Beileid, erklärte Regierungschef Recep Tayyip Erdogan am Mittwoch. Als Völkermord betrachtet die Türkei die Vorkommnisse indes weiterhin nicht.

Der 24. April 1915 gilt als der Tag, an dem die Deportationen und Massaker an der armenischen Minderheit begannen. Erdogan verbreitete seine Erklärung nun am Vortag des 99. Jahrestags. Während Armenien selbst ebenso wie viele andere Länder die Ereignisse im Osmanischen Reich als gezielten Völkermord der damals regierenden Jungtürkenbewegung betrachtet, lehnt die Türkei den Begriff des Genozids ab. Millionen Bürger haben Leid erfahren "Es ist eine menschliche Pflicht, den Willen der Armenier, ihrer Leiden dieser Zeit zu gedenken, zu verstehen und zu teilen", erklärte Erdogan. Es sei unstrittig, dass die letzten Jahre des Osmanischen Reiches eine schwere Zeit gewesen seien, in der Millionen Bürger Leid erfahren hätten. Das gelte aber gleichwohl für türkische, kurdische, arabische, armenische und andere Bürger, "unabhängig von ihrer Religion und ihrer ethnischen Herkunft". Der Erste Weltkrieg sei "unser geteiltes Leid".

Der türkische Regierungschef erkannte an, dass die Ereignisse des Ersten Weltkriegs "unmenschliche Folgen" gehabt hätten. Jedoch sei es "unzulässig", sie als Entschuldigung für eine Feindschaft gegenüber der Türkei zu benutzen. Erdogan sprach sich für bessere Beziehungen beider Völker aus. Ähnlich hatte sich im Dezember bereits Außenminister Ahmet Davutoglu geäußert. Bei einem Besuch in Armenien hatte er die Deportationen außerdem als "Fehler" und als "unmenschlich" bezeichnet.

*Bis zu 1,5 Millionen getötete Armenier*

Die Verbrechen an den Armeniern gehören zu den prägenden Ereignissen der armenischen Geschichte. Die dortigen Behörden geben die Zahl der Getöteten mit mehr als 1,5 Millionen an. Dagegen werden in der Türkei nur 300.000 bis 500.000 Tote anerkannt. Hunderttausende wurden damals außerdem vertrieben. Ihr Besitz wurde beschlagnahmt.

Türkische Medien werteten die Erklärung Erdogans am Mittwoch als überraschend. Sie wurde in mehreren Sprachen verbreitet, darunter auch auf Armenisch. Der bekannte türkische Kolumnist Etyen Mahcupyan, der armenischer Abstammung ist, würdigte den Schritt Erdogans als "sehr wichtig". Das sei eine Premiere, wenngleich der Schritt eher symbolisch sei, sagte er dem Sender CNN-Türk.

[Internet-Link](#)

### PERSÖNLICHES BEILEID: ERDOGAN: TOD VON ARMENIERN "UNMENSCHLICH"

*Der Völkermord an den Armeniern macht seit fast 100 Jahren gute Beziehungen zwischen der Türkei und dem kleinen Kaukasusstaat unmöglich. Als erster türkischer Spitzenpolitiker findet Regierungschef Erdogan unerwartet erste versöhnliche Worte.*

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat den Nachfahren der armenischen Opfer im Osmanischen Reich erstmals sein Beileid ausgesprochen. Es waren die ersten versöhnlichen Worte im Streit über Massaker an Armeniern im Ersten Weltkrieg eines türkischen Spitzenpolitikers. Der Regierungschef sagte, die Ereignisse von 1915 seien unmenschlich gewesen. Die Erklärung wurde in neun Sprachen - darunter Armenisch - veröffentlicht. Erdogan bezeichnete die Taten allerdings nicht als Völkermord. Er hoffe, dass die getöteten Armenier in Frieden ruhen, sagte Erdogan. "Und wir übermitteln ihren Enkeln unser Beileid." Allerdings müsse an die Taten erinnert werden, ohne eine Religion oder Volksgruppe zu diskriminieren. Was genau im Osmanischen Reich im Ersten Weltkrieg geschah und wie viele Opfer es gab, ist bis heute hochumstritten. Die Türkei hat eingeräumt, dass viele Armenier bei Zusammenstößen ums Leben kamen. Die Zahl von bis zu 1,5 Millionen Toten weist

die Regierung aber zurück. Viele westliche Historiker und Politiker bewerten die Tat als Völkermord. Diese Formulierung verwendete in diesem Monat auch ein Ausschuss des US-Senats.

*Wessen Historiker sollen die Ereignisse bewerten?*

Ob die Äußerungen die Beziehungen zwischen der Türkei und seinem kleineren Nachbarn verbessern werden, ist nicht klar. Erdogan befürwortet seinen jüngsten Aussagen zufolge einen Dialog zwischen der Türkei und Armenien. Erste Friedensgespräche zwischen den beiden Staaten waren 2010 in die Sackgasse geraten. Seit dem vergangenen Dezember gibt es neue Hoffnung, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten, weil der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu das Nachbarland besuchte. Strittig ist unter anderem die Einsetzung einer Historikerkommission. Erdogan würde sie gerne einsetzen, um die Umstände der Massaker untersuchen. Die Regierung in Eriwan hat das bereits zurückgewiesen, weil sie befürchtet, dass die Türkei ihre Sichtweise in die Ergebnisse zu stark einfließen lassen könnte. Die armenische Regierung sieht es als erwiesen an, dass die Behörden des Osmanischen Reiches für die systematische Tötung von Armeniern verantwortlich waren. Zahlreiche Menschen wurden zudem deportiert und kamen bei Märschen durch Wüsten im heutigen Syrien und Irak ums Leben. Im Osmanischen Reich kamen nach unterschiedlichen Schätzungen während des Ersten Weltkriegs zwischen 200.000 und 1,5 Millionen Armenier ums Leben. Die Gräueltaten an den Armeniern werden von mehr als einem Dutzend Staaten als Völkermord gewertet. Die Türkei bestreitet den Genozid. In Armenien wird der 24. April offiziell als Völkermord-Gedenktag begangen. [Internet-Link](#)

## **MASSAKER IM ERSTEN WELTKRIEG:**

### **ERDOGAN SPRICHT ARMENIERN ERSTMALS BEILEID AUS**

*"Wir übermitteln ihren Enkeln unser Beileid": Im Streit um das Massaker an den Armeniern im Ersten Weltkrieg hat der türkische Regierungschef Erdogan versöhnliche Worte an die Nachfahren gerichtet. Den Begriff Völkermord vermied er jedoch.*

In einer Erklärung hat sich der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan an "die Enkel der 1915 getöteten Armenier" gewandt und ihnen erstmals sein Beileid ausgesprochen. Erdogan schlug damit deutlich versöhnlichere Töne an als andere türkische Spitzenpolitiker. Allerdings bezeichnete er die Taten nicht als Völkermord. Im Osmanischen Reich kamen nach unterschiedlichen Schätzungen während des Ersten Weltkriegs zwischen 200.000 und 1,5 Millionen Armenier ums Leben.

"Es lässt sich nicht abstreiten, dass die letzten Jahre des Osmanischen Reiches, gleich welcher Religion oder ethnischer Herkunft sie angehörten, für Türken, Kurden, Araber, Armenier und Millionen weiterer osmanischer Bürger eine schwierige Zeit voller Schmerz waren", teilte Erdogan mit. Es sei aber "inakzeptabel, dass die Ereignisse von 1915 als ein Vorwand für eine Anfeindung gegenüber der Türkei benutzt und zu einem politischen Streitthema stilisiert werden."

Erdogan bekräftigte Forderungen nach einem Dialog zwischen der Türkei und Armenien und der Einsetzung einer Historikerkommission, um die Umstände der Massaker zu untersuchen. Er hoffe, dass die getöteten Armenier in Frieden ruhten. "Und wir übermitteln ihren Enkeln unser Beileid." Allerdings müsse an die Taten erinnert werden, ohne eine Religion oder Volksgruppe zu diskriminieren. Die Gräueltaten an den Armeniern wurden von mehr als einem Dutzend Staaten als Völkermord gewertet. Die Türkei bestreitet den Genozid. In Armenien wird der 24. April offiziell als Völkermord-Gedenktag begangen.

*"Gerechte Erinnerung"*

Bereits Mitte Dezember hatte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu bei einem Besuch in der armenischen Hauptstadt Eriwan die Deportationen als "Fehler" und "unmenschlich" bezeichnet. Er sprach sich für eine Versöhnung beider Länder auf der Grundlage einer "gerechten Erinnerung" aus. Im Jahr 2009 hatten Ankara und Eriwan ein Versöhnungsabkommen unterzeichnet, doch scheiterte die Annäherung binnen sechs Monaten. Weitere Bemühungen zur Normalisierung der Beziehungen liegen seitdem auf Eis. Die armenische Regierung sieht es als erwiesen an, dass die Behörden des Osmanischen Reiches für die systematische Tötung vieler Armenier verantwortlich waren. Zahlreiche Menschen - darunter Kinder, Frauen und Alte - wurden zudem deportiert und kamen bei Märschen durch Wüsten im heutigen Syrien und Irak ums Leben. [Internet-Link](#)

## GAUCK IN DER TÜRKEI: HEIKLER BESUCH BEI ERDOGAN

*Bundespräsident Gauck reist an diesem Samstag zu seinem ersten Staatsbesuch in die Türkei. Bei seinem Treffen mit Ministerpräsident Erdogan will er auch über Menschenrechte und Pressefreiheit offen sprechen.*

Die deutsch-türkischen Beziehungen waren schon besser, und der Zeitpunkt für den Staatsbesuch von Bundespräsident Joachim Gauck in Ankara und Istanbul ist alles andere als günstig. Die Demonstrationen gegen die islamisch-konservative Regierung im Gezi-Park sind nicht vergessen, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sieht sich wegen Korruptionsvorwürfen in der Kritik, und das kurze Verbot von sozialen Medien wie YouTube und Twitter war auf der ganzen Welt verurteilt worden.

Am 1. Mai drohen nun abermals Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Doch bei Staatsbesuchen regiert das Protokoll, und Gauck wird sich an die Regeln halten. So will er die Erfolge der türkischen Modernisierung würdigen und die enge, auch militärische Partnerschaft loben, heißt es im Präsidialamt. Gleichzeitig wird er aber Defizite in Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ansprechen. Dazu wird in einer Rede an der Metu-Universität am Montag in Ankara ist Gelegenheit sein. Kurz davor wird Gauck mit Erdogan zum Mittagessen zusammentreffen – die Presse wird nicht dabei sein.

### *Besuch in gigantischem Flüchtlingslager*

Aber auch Gespräche mit Regierungskritikern und Oppositionspolitikern sind geplant. Unübersehbar will Gauck während seiner vier Tage dauernden Reise auch andere Akzente setzen. Zunächst besucht er am Sonntag im anatolischen Kahramanmaraş ein Flüchtlingslager, in dem 16.000 Flüchtlinge aus Syrien Zuflucht gefunden haben. Insgesamt haben fast eine Million Syrer in der Türkei Schutz gesucht. Auch bei den 300 Bundeswehr-Soldaten in Kahramanmaraş, die dort mit Patriot-Raketen den Luftraum sichern, will sich Gauck informieren. Als im Oktober 2010 der damalige Bundespräsident Christian Wulff die Türkei besuchte, strotzte das Land vor Selbstbewusstsein. Eine große Wirtschaftsdelegation hoffte auf gute Geschäfte, das Land schickte sich an, im gesamten Nahen und Mittleren Osten eine zentrale Rolle zu übernehmen. Nicht zuletzt der Bürgerkrieg in Syrien hat diese Pläne zunichte gemacht. Heute reist der Bundespräsident in ein wirtschaftlich immer noch erfolgreiches, politisch aber tief gespaltenes und international eher isoliertes Land.

### *Theorien einer westlichen Verschwörung*

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül gilt dabei als Mann der Mäßigung, der sich inmitten heftiger Machtkämpfe für politische Vernunft und einen Kurs Richtung EU ausspricht. Er kritisiert Theorien einer westlichen Verschwörung gegen die Türkei, wie sie von Erdogan und seinen Leuten verbreitet werden. Dies sei ein Erklärungsmodell „aus der Dritten Welt“, sagte Gül im März. Ein Chefberater Erdogans hatte sich zuvor zu der Beschuldigung verstiegen, die Lufthansa stecke hinter den Gezi-Protesten des vergangenen Jahres, weil sie den geplanten dritten Flughafen Istanbul als neues weltweites Drehkreuz und Konkurrenz zu Frankfurt fürchte. Erdogan selbst sieht eine „Zinslobby“ am Werk, die den Aufstieg der Türkei bremsen und an instabilen Verhältnissen verdienen wolle. Internetdienste wie Twitter sind in seinen Augen Instrumente der Verschwörer, die er ausschalten will. Vor diesem Hintergrund haben auch andere europäische Staatsgäste in der Türkei in den vergangenen Monaten Debatten über Freiheitsrechte angestoßen. Auch Gauck kommt mit einer klaren Botschaft: Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit der Justiz sind für ihn zentrale Forderungen, überall, und eben auch in der Türkei. [Internet-Link](#)

## GAUCKS TÜRKEI-SHELTE: „MUSS MAN DENN TWITTER ODER YOUTUBE VERBIETEN?“

*Wie Bundespräsident Joachim Gauck seine Erfahrungen aus der DDR nutzt, um die Beschränkungen der Meinungsfreiheit in der Türkei zu kritisieren.*

Es war zwar nicht alles eitel Sonnenschein, doch der Himmel über dem EU-Beitrittskandidaten Türkei war noch kaum bewölkt, als der damalige Bundespräsident Christian Wulff und seine Ehefrau im Oktober 2010 zum Staatsbesuch kamen. Eine ganze Arbeitswoche verbrachte Wulff in der Türkei, sprach vor dem Parlament in Ankara, besuchte Kayseri, die wirtschaftlich aufstrebende Heimatprovinz

seines türkischen Gegenparts Abdullah Gül, und zog zum Abschluss seiner Reise in Istanbul eine „extrem positive“ Bilanz: „Ich habe in jeder Phase des Besuches das Vertrauen gegenüber Deutschland gespürt.“ Es gebe eine große Übereinstimmung mit der politischen Führung der Türkei, versicherte Wulff. Vier Jahre und einen Bundespräsidenten später sieht es nicht mehr ganz so heiter aus. Ähnlich wie für Wulff waren die vergangenen Jahre auch für die Demokratie in der Türkei eine Zeit kleiner Fortschritte bei großen Rückschritten. Joachim Gauck scheute sich nicht, die bedenklichen Entwicklungen in seinem Gastland zu benennen, auch wenn er seine Kritik zum Teil vorsichtig in Frageform verpackte. Nach seiner Ankunft in Ankara hatte er am Montagmorgen zunächst dem in der Türkei obligatorischen Personenkult frönen und am Grab des Staatsgründers Atatürk einen Kranz niederlegen müssen. Bei einer Pressekonferenz nach seiner Unterredung mit Abdullah Gül, dessen erste Amtszeit als Staatspräsident in diesem Sommer ausläuft, übte Gauck zunächst noch indirekt Kritik am Herrschaftsstil der türkischen Regierung: „Muss man denn Twitter oder Youtube verbieten?“ fragte er und schloss die ebenfalls rhetorische Frage an, warum eine so starke Regierung wie jene des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan – Ende März wurde sie durch die Kommunalwahlen als mit Abstand stärkste Kraft des Landes bestätigt – die Justiz beeinflussen müsse. „Wird das wirklich die Demokratie befördern? Solche Fragen muten wir uns zu.“ Die europäische Demokratie, so Gauck, sei auch für die Türkei das beste Modell. Über die Aussichten der Türkei auf eine EU-Mitgliedschaft äußerte er sich erwartungsgemäß zurückhaltend: „Wir wissen nicht, ob und wann das sein wird.“ Immerhin lobte Gauck, dass Gül „ein klares Bekenntnis“ zu den europäischen Werten abgegeben habe.

#### *Die Entdemokratisierung anstandslos unterzeichnet*

Das sehen immer mehr ehemalige Anhänger des türkischen Staatspräsidenten, der einmal als so etwas wie die liberalere Variante Erdogans galt, allerdings anders. Zwar wählte Gül in den Konflikten der vergangenen Jahre tatsächlich stets verbindlichere Worte als der impulsive Erdogan und war zumindest rhetorisch, wie es sich für ein Staatsoberhaupt geziemt, auf Ausgleich bedacht. Die jüngsten Entdemokratisierungsgesetze der Regierung Erdogan jedoch hat Gül alle mehr oder weniger anstandslos unterzeichnet. Der fragwürdige Versuch eines Umbaus des Justizsystems, der ebenso dubiose Zugriff des Staates auf das Internet oder zuletzt die gesetzliche Verankerung einer umfassenden Straffreiheit für die Tätigkeit des türkischen Geheimdienstes passierten das Präsidialamt in Ankara ohne Veto. Dieser Umstand hat Gül zumindest jene seiner Anhänger gekostet, die gehofft hatten, er werde Erdogan als Ministerpräsident ablösen und die erlahmte Reformpolitik wiederbeleben. Nach seiner Begegnung mit Gül äußerte Gauck seine Bedenken über die jüngste Entwicklung der Türkei in einer Rede vor Studenten der Technischen Universität dann nicht mehr nur in Frageform. Stattdessen sprach er unverblümt von einer „Gefährdung der Demokratie“ und seiner Sorge über Tendenzen, den Rechtsstaat und die Gewaltenteilung in der Türkei auszuhöhlen. „Diese Entwicklung erschreckt mich – auch und besonders, wenn Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden“, so Gauck. Er frage sich, ob die Unabhängigkeit der Justiz noch gesichert sei, „wenn die Regierung unliebsame Staatsanwälte und Polizisten in großer Zahl versetzt und sie so daran hindert, Missstände ohne Ansehen der Person aufzudecken.“

#### *Trotz allem: Es gibt Fortschritte*

Wenn er den Rechtsstaat in Gefahr sehe, werde er als Demokrat seine Stimme erheben – auch wenn es nicht der Rechtsstaat des eigenen Landes sei, versicherte Gauck den Studenten. Dabei vergaß er nicht, was die türkische Opposition und ihr geneigte Lautsprecher in Deutschland oder anderen Ländern gern unterschlagen: Es gab trotz allem sogar in den vergangenen Jahren vereinzelt noch Fortschritte in der Türkei. Das kommt in der Kritik etwa des türkischen Oppositionsführers Kemal Kilicdaroglu, den Gauck am Montag in Ankara ebenfalls treffen sollte, regelmäßig zu kurz.

Fortschritte gab es etwa bei dem Dialog mit den Kurden (dessen endgültiger Erfolg allerdings nicht sicher ist) oder bei Erdogans jüngster vorsichtiger Annäherung an Armenien. Aber es gebe eben auch „Stimmen der Enttäuschung, der Erbitterung und Empörung über einen Führungsstil, der vielen als Gefährdung für die Demokratie erscheint“, mahnte Gauck und nannte als Beispiele die gewaltsame Niederschlagung der Proteste gegen die Regierung, die Beschneidung des Zugangs zum Internet, die Entlassung unliebsamer Journalisten und die Drangsalierung kritischer Medien. Seine Lebenserfahrung habe ihn gelehrt: „Wo die freie Meinungsäußerung eingeschränkt wird, wo Bürger

nicht oder nicht ausreichend informiert, nicht gefragt und nicht beteiligt werden, wachsen Unmut, Unerbittlichkeit und letztlich auch die Bereitschaft zur Gewalt.“

In Istanbul steht zum Abschluss von Gaucks Reise an diesem Dienstag ein konzilianter Tagesordnungspunkt auf dem präsidialen Reiseplan. Christian Wulff hatte 2010 die symbolische Grundsteinlegung zum Bau der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul gefeiert – Gauck wird die Hochschule nun gemeinsam mit Gül eröffnen. Als Wulff in Istanbul war, hieß es noch, die Universität werde zum Wintersemester 2011/2012 ihren Lehrbetrieb aufnehmen, doch das erwies sich als zu ehrgeizig. Im Herbst 2013 hat sie nun ihre Tore geöffnet. Sie ist auf Grundlage eines Regierungsabkommens entstanden und wird der türkischen Hochschulgesetzgebung unterliegen.

[Internet-Link](#)

## GAUCKS KRITIK AN DER TÜRKEI : ERDOĞANS ERFOLGSREZEPT

*Reden? Mit dem türkischen Premier scheint das im Moment unmöglich zu sein. Der Ton, den Erdoğan in seiner Replik anschlägt, ist so schrill, dass es nur zwei Erklärungen gibt.*

Recep Tayyip Erdoğan, Regierungschef der Türkei, kann Kritik nur schwer ertragen. Das ist bekannt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass er auch auf die deutlichen Worte des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck harsch reagiert.

Der Ton aber, den Erdoğan in seiner Replik anschlägt, ist so schrill, dass es nur zwei Erklärungen gibt: Gauck hat mit seinem Zwischenruf zum Zustand der türkischen Demokratie voll ins Schwarze getroffen. Und Erdoğan befindet sich schon wieder im Wahlkampf - diesmal um das Präsidentenamt.

Gauck hatten seiner Rede vor Studenten den Titel gegeben: "Nicht übereinander reden, sondern miteinander". Mit Erdoğan aber scheint Letzteres im Moment unmöglich zu sein. Das kann man nur bedauern, denn zwischen Bosphorus und Berlin sind in den vergangenen Jahrzehnten so viele enge Bindungen herangewachsen, dass ein handfester türkisch-deutscher Familienkrach viele Menschen in Loyalitätskonflikte treiben muss.

Demnächst will der türkische Premier in Deutschland Sporthallen mit eigenen Anhängern füllen, denn bei der Präsidentschaftswahl im August dürfen erstmals auch Türken in der ganzen Welt ihre Stimme abgeben. Erdoğan macht in seinem Land derzeit mit Polarisierung Politik und gewinnt sogar Stimmen damit. Es ist zu befürchten, dass er dieses Erfolgsrezept auch nach Deutschland tragen will. Auch davor hatte Gauck gewarnt. [Internet-Link](#)

## WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

### WIEDER WENIGER ALS DREI MILLIONEN ARBEITSLOSE IN DEUTSCHLAND

*Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ist nach den Wintermonaten üblich, doch diesmal fällt er vergleichsweise kräftig aus: Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt im April unter die Marke von drei Millionen.*

Die Frühjahrsbelegung hat die Zahl der Arbeitslosen im April unter die Marke von drei Millionen gedrückt - zum ersten Mal in diesem Jahr. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren 2,943 Millionen Arbeitsuchende registriert. So wenige gab es in einem April zuletzt vor 22 Jahren. Das seien 111.000 weniger als im März und 77.000 weniger als vor einem Jahr, teilte die Behörde am Mittwoch in Nürnberg mit. Die Arbeitslosenquote ging von 7,1 auf 6,8 Prozent zurück.

„Der Arbeitsmarkt im April hat sich günstig entwickelt“, sagte BA-Chef Frank-Jürgen Weise. „Grund hierfür sind vor allem die guten konjunkturellen Rahmenbedingungen.“ Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ist nach den Wintermonaten üblich, doch fiel er diesmal vergleichsweise kräftig aus. Unter Herausrechnung jahreszeitlicher Schwankungen ging die Arbeitslosenzahl um 25.000 zurück. Das ist der fünfte saisonbereinigte Rückgang in Folge. Von Reuters befragte Banken-Volkswirte hatten lediglich eine Abnahme um 10.000 erwartet. [Internet-Link](#)



**MOODY'S DROHT TÜRKEI MIT RAMSCH-STATUS**

*Die Türkei machte zuletzt negativ auf sich aufmerksam: Ein Korruptionsskandal sowie die schwächere wirtschaftliche Perspektive rufen jetzt die Ratingagentur Moody's auf den Plan. Das Rating ist in Gefahr.*

Die Rating-Agentur Moody's warnt die Türkei vor einer Herabstufung ihrer Bonitätsnote. Der Ausblick für das Rating sei von „stabil“ auf „negativ“ gesetzt worden, teilte Moody's am Freitag mit. Der Schritt wurde mit den jüngsten politischen Turbulenzen im Zuge des Korruptionsskandals sowie schwächeren Perspektiven für das wirtschaftliche Wachstum begründet. Die türkische Lira verlor daraufhin zum Dollar an Wert. Die Staatsanleihen der Türkei werden bei Moody's mit der Note „Baa3“ eingestuft, die gerade noch für eine durchschnittliche Kreditwürdigkeit steht. Bei einer Herabstufung würde das Land in den sogenannten Ramsch-Bereich fallen, in den viele Investoren wegen zu großer Risiken nicht mehr investieren dürfen. Die Türkei befindet sich in einer Regierungskrise. Zuletzt wurde bekannt, dass eine Stiftung aus dem familiären Umfeld des türkischen Regierungschefs Recep Tayyip Erdogan fast 100 Millionen US-Dollar (knapp 72,5 Millionen Euro) Spenden aus dem Ausland erhalten. Zudem seien zwischen 2008 und 2012 umgerechnet knapp zehn Millionen Euro Inlandsspenden an die Jugend- und Bildungstiftung Türev geflossen, erklärte Vizeregierungschef Bülent Arınc am Donnerstag auf eine Anfrage der Opposition. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) spricht von der Stiftung, in der Erdogans Sohn Bilal und seine Tochter Esra im Vorstand sitzen, als einem Zentrum der Korruption.

Erdogan liefert sich seit Dezember einen Machtkampf mit der islamischen Bewegung des in den USA lebenden Predigers Fethullah Gülen, die ebenfalls Studentenwohnheime und Schule betreibt, auch im Ausland. Erdogans Regierung hat die Gülen-Bewegung beschuldigt, Gespräche von Regierungspolitikern abgehört und in Verbindung mit Korruptionsvorwürfen ins Internet gestellt zu haben. Ungeachtet der Vorwürfe ist Erdogans islamisch-konservative Regierungspartei AKP weiter die mit Abstand stärkste politische Kraft in der Türkei. Bei der Kommunalwahl Ende März erhielt sie landesweit mehr als 45 Prozent der Stimmen. [Internet-Link](#)

**IFO-GESCHÄFTSKLIMA STEIGT: DEUTSCHE WIRTSCHAFT TROTZ UKRAINE-KRISE**

*Die deutsche Wirtschaft lässt sich von der anhaltenden Krise in der Ukraine nicht verunsichern. Die Stimmung der Unternehmen verbesserte sich im März trotz der wachsenden Spannungen mit Russland überraschend wieder.*

Die deutsche Wirtschaft lässt sich die Stimmung von der anhaltenden Krise in der Ukraine nicht verderben. Die Unternehmen bewerten nicht nur ihre Lage erneut besser, sie blicken auch wieder mit mehr Zuversicht auf die kommenden Monate. Nach einem Rückgang im März stieg der Geschäftsklimaindex des Münchner Ifo-Instituts überraschend von 110,7 auf 111,2 Punkte.

Fachleute hatten eigentlich mit einem weiteren Dämpfer gerechnet. Grund waren Befürchtungen, die wachsenden Spannungen im Verhältnis zu Russland und drohende Sanktionen könnten auch deutsche Unternehmen hart treffen.

„Die Unternehmen schauen zudem wieder zuversichtlicher auf die weitere Geschäftsentwicklung. Trotz der Krise in der Ukraine setzt sich die positive Grundstimmung durch“, sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn am Donnerstag in München. „Die bisher schon gute Geschäftslage hat sich weiter leicht verbessert.“ Das zeigt sich in allen drei Werten, die von den Münchner Wirtschaftsforschern erhoben werden. Die Lagebewertung kletterte leicht von 115,2 auf 115,3 Punkte. Wichtiger noch: Der Wert für die Erwartungen an die kommenden Monate machte im April von 106,4 auf 107,3 deutlich Boden gut. Besonders in der Industrie läuft es weiter besonders gut: „Im verarbeitenden Gewerbe ist der Geschäftsklimaindex auf den höchsten Wert seit Juli 2011 gestiegen“, sagte Sinn.

*„Eine freudige Überraschung“*

Der Chefvolkswirt der KfW-Bank, Jörg Zeuner, sieht einen schwungvollen Start für die Wirtschaft ins zweite Quartal: „Der gestiegene ifo-Index ist eine freudige Überraschung - insbesondere das deutliche Plus bei den Erwartungen“. Er rechne nun damit, dass beim Wirtschaftswachstum in Deutschland in diesem Jahr eine Zwei vor dem Komma möglich sei. „Außenwirtschaftlich erweisen sich die USA ein weiteres Mal als Zugpferd“, sagte Zeuner.

Volkswirte hatten nach dem gesunkenen Wert im März auch im April mit einem Rückgang beim Ifo-Index gerechnet. So waren zuletzt auch die Konjunkturerwartungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) leicht gefallen. Wirtschaftsforscher hatten auch dafür vor allem die Unsicherheiten wegen der Krise in der Ukraine als Ursache genannt.

Dazu kommen Sorgen um die Wirtschaft in China. Das Reich der Mitte ist für viele deutsche Firmen inzwischen ein wichtiger, für manche sogar der wichtigste Exportmarkt. Zeuner beruhigt: „China geht sehr bedacht an den Umbau seiner Volkswirtschaft. Das verdient Vertrauen.“

Der Ifo-Index hält sich bereits seit März 2010 über der Marke von 100 Punkten. Vor dem Minus im vergangenen Monat hatte es den letzten kleinen Rückgang im Oktober 2013 gegeben. Allerdings sprechen Volkswirte erst nach drei Änderungen in Folge von einer möglichen Trendwende. Der Ifo-Index wird monatlich durch die Befragung von rund 7000 Unternehmen ermittelt. [Internet-Link](#)

### **ERDGAS: TÜRKEI UND RUSSLAND VERTIEFEN ZUSAMMENARBEIT BEI BLUE STREAM**

*Russland will die Türkei besser an das russische Erdgas-Netz anbinden. Gazprom und das türkische Energieministerium in Ankara haben sich daher auf eine Erweiterung der Blue-Stream-Pipeline geeinigt. Die Türkei will die Gunst der Stunde nutzen und fordert gleichzeitig eine Preissenkung.*

Die Türkei und Russland haben eine Kapazitäts-Erweiterung der Blue-Stream-Pipeline beschlossen. Die Pipeline verläuft von der Region Stawropol über Samsun nach Ankara.

Aktuell fließen über die Blue-Stream jährlich bis zu 16 Milliarden Kubikmeter Erdgas direkt in die Türkei. Dieser Anteil soll auf 19 Milliarden Kubikmeter erhöht werden, sagte der türkische Energieminister Taner Yıldız Reuters Africa. Die Türkei gibt jährlich 60 Milliarden US-Dollar für Energie-Importe aus. Das macht den größten Anteil am Handelsbilanzdefizit des Landes aus. Ankara verlangt eine Preissenkung von Moskau. Doch der Gazprom-Vize Alexander Medwedew wehrt sich gegen diese Forderung. Yıldız sagt, dass Neuverhandlungen über die Erdgaspreise vertraglich festgelegt seien. Die Türkei habe das Recht, Ansprüche geltend zu machen. Im vergangenen Jahr hat die Türkei insgesamt 45,2 Milliarde Kubikmeter Erdgas importiert. Etwa 60 Prozent der Erdgas-Importe stammen aus Russland und 25 Prozent aus dem Iran. Die restlichen Importe bezieht die Türkei aus dem Aserbaidschan, Nigeria und Algerien, berichtet die Zeitung Türkiye.

Für 1000 Kubikmeter russisches Erdgas bezahlt das Land durchschnittlich 425 US-Dollar. An den Iran gehen per 1000 Kubikmeter durchschnittlich 490 US-Dollar und beim Aserbaidschan liegt der Preis bei 335 US-Dollar. Damit bezahlt die Türkei den höchsten Preis für Erdgas aus dem Iran. Doch auch Teheran ist in Preis-Fragen nicht kompromissbereit. Im März sagte der Chef der staatliche National Iranian Gas Company (NIGC), Hamid Reza Araqi, dass es unter „keinen Umständen“ Preissenkungen geben werde. Die Blue-Stream-Pipeline wurde 1999 vom russischen Energie-Riesen Gazprom, dem italienischen Energie-Konzern ENI und dem türkischen Staat gebaut. Eigentümer der Pipeline ist die in den Niederlanden eingetragene Blue Stream Pipeline BV. Dabei handelt es sich um ein Joint Venture zwischen Gazprom und ENI. Doch das Eigentumsrecht von Blue Stream Pipeline BV bezieht sich lediglich bis zur türkischen Grenze. Ab Samsun gehört die Pipeline dem türkischen Energiekonzern BOTAŞ, berichtet [hydrocarbons-technology.com](http://hydrocarbons-technology.com). [Internet-Link](#)



## FIRMENNACHRICHTEN

**Siemens macht Alstom ein Angebot**

Die mögliche Übernahme des französischen Industriekonzerns Alstom wird konkreter. Siemens will Alstom jetzt ein Angebot vorlegen. Aber auch der US-Rivale General Electric ist noch im Rennen.

Siemens-Konzern will seinem französischen Konkurrenten Alstom ein Angebot unterbreiten. Dies beschlossen Vorstand und Aufsichtsrat nach Unternehmensangaben am Dienstag und teilten das Vorhaben Alstom mit. Voraussetzung für ein Angebot sei aber, dass Siemens vier Wochen lang Gelegenheit zu Einsicht in die Geschäftsdaten von Alstom und zu Gesprächen mit dem Management bekomme.

Auch der US-Rivale General Electric hatte Interesse an Teilen von Alstom angemeldet. Alstom hatte angekündigt, bis Mittwochvormittag über das weitere Vorgehen informieren zu wollen. Am Dienstagabend wollte der Verwaltungsrat des Unternehmens zusammenkommen. Laut der französischen Zeitung "Le Monde" wird Alstom seine zunächst für den Abend anvisierte Entscheidung über den Verkauf der Energiesparte aber wahrscheinlich noch verschieben. Kommt es zur Übernahmeschlacht?

Siemens hatte am Wochenende sein Interesse an Alstom bekundet und angeboten, den Energiebereich für zehn bis elf Milliarden Euro zu kaufen und im Gegenzug den eigenen Bahnbereich in Frankreich anzusiedeln. Alstom stellt den Hochgeschwindigkeitszug TGV her und konkurriert dabei mit dem ICE von Siemens. Durch die Transaktion sollen zwei weltweit führende Unternehmen im Bereich Energie sowie Transport entstehen. Zudem bot Siemens eine Job-Garantie für drei Jahre an. Siemens konkurriert mit dem US-Konzern General Electric, der Alstom ebenfalls übernehmen will. Die Führungsspitzen beider Konzerne waren am Montag bei Frankreichs Präsident François Hollande vorstellig geworden, um ihre jeweiligen Konzepte für eine Alstom-Teilübernahme darzulegen. Die sozialistische Regierung in Paris hatte sich verärgert gezeigt, dass Alstom hinter ihrem Rücken mit GE den Verkauf der Energiesparte schon beinahe abgeschlossen hatte. Alstom ist für den französischen Staat von nationalem strategischem Interesse. [Internet-Link](#)

**SAP macht der starke Euro zu schaffen**

Der deutsche Softwarekonzern SAP hat im ersten Quartal ungewöhnlich stark zugelegt. Doch ungünstige Wechselkurse haben den Wachstumsschub gedämpft – und das dürfte sich erst mal so fortsetzen.

Der starke Euro hat den erfolgreichen Jahresstart des Softwarekonzerns SAP abgebremst. "Der Euro ist zuletzt gegenüber vielen Währungen gestiegen", sagte der designierte Finanzchef Luka Mucic, der im Juli den Posten übernimmt, in Walldorf. Im zweiten Quartal dürfte sich der Effekt noch verschärfen, wie SAP in seiner Mitteilung warnte.

Wenn Firmen wie SAP große Teile ihres Umsatzes außerhalb des Euro-Raums machen, leiden sie besonders unter Währungsschwankungen. Wenn der Euro beispielsweise gegenüber dem Dollar zulegt, sind Umsätze aus den USA weniger wert. SAP sichert sich zwar ab, alle Schwankungen kann das Unternehmen aber nicht ausgleichen.

Dabei hatte der Softwarekonzern eigentlich einen starken Jahresstart hingelegt. Bei den wichtigen Produktumsätzen habe SAP – Währungseffekte herausgerechnet – im ersten Quartal höhere Wachstumsraten erzielt als in seinen Planungen für das Gesamtjahr vorgesehen, sagte Co-Vorstandschef Bill McDermott. Das ist ungewöhnlich, denn in der Softwarebranche ist das erste Jahresviertel üblicherweise das schwächste Quartal.

**Klassische Softwarelizenzen weniger gefragt**

Wegen des starken Euro stiegen die Gesamtumsätze gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um drei Prozent auf 3,7 Milliarden Euro. Nach Steuern verdiente der Softwarekonzern mit 534 Millionen Euro

drei Prozent mehr. Das Europageschäft habe sich trotz der Krim-Krise solide entwickelt. Das Wachstum in Russland habe sich verlangsamt, sagte McDermott. Noch sei aber "nichts verloren".

Einen kräftigen Schub verbuchte SAP in seinem noch kleinen, aber wichtigen Wachstumssegment, dem Cloud-Geschäft mit Abo-Modellen. Die Umsätze stiegen um 60 Prozent auf 219 Millionen Euro. Das Geschäft mit klassischen Softwarelizenzen schrumpfte dagegen.

SAP ist dabei, sein Geschäft mit Software in der sogenannten Cloud ("Wolke") auszubauen, die die Kunden mieten und nicht mehr auf ihren eigenen Servern installieren. Es soll bis 2015 von einer auf zwei Milliarden Euro ansteigen, 2017 sollen es drei bis dreieinhalb Milliarden Euro sein. Noch bringen aber die alten Lizenzen und die damit verbundenen Wartungsarbeiten das meiste Geld bei SAP ein.

[Internet-Link](#)

### Daimler wieder auf Gewinnkurs

## DAIMLER

Nach einem krassen Gewinneinbruch im vergangenen Jahr haben neue Modelle und Sparmaßnahmen dem Autobauer eine fast 100-prozentige Gewinnsteigerung beschert, teilte Daimler mit. Auch in Russland werde weiter investiert.

Gut zwei Milliarden Euro operativer Gewinn in den ersten drei Monaten des Jahres - damit habe sich der Gewinn im Vergleich zum Vorjahresquartal verdoppelt, teilte Daimler mit. Der Umsatz erhöhte sich um 13 Prozent auf 29,5 Milliarden Euro. Allerdings war der Gewinn damals wegen der schwachen Konjunktur in Europa und Absatzschwierigkeiten in China um die Hälfte eingebrochen.

Nun aber zieht die Wirtschaft in Europa an und mit zahlreichen neuen Modellen holt das Unternehmen auch in China, dem weltgrößten Automarkt, auf: Rückwind hatten Daimler zuletzt etwa das runderneuerte Flaggschiff S-Klasse, die neue E-Klasse und auch neue Kompaktwagen gegeben. Die Absatzzahlen des Konzerns erreichten im ersten Quartal mit 565 800 Fahrzeugen einen neuen Rekordwert. "Unsere Strategie geht auf, unsere Investitionen tragen Früchte", erklärte Vorstandschef Dieter Zetsche.

Bis 2020 will das Unternehmen noch zwölf Modelle auf den Markt bringen, die keinen Vorgänger haben. Künftig will Daimler unter anderem mit der neuen S-Klasse als Coupé punkten, die ab September an den Start gehen soll. Bereits zum Jahresbeginn waren die Großraumlimousine V-Klasse und der kompakte Sportwagen GLA auf den Markt gekommen.

### *Sparprogramm soll vier Milliarden bringen*

Bei Daimler läuft derzeit ein Sparprogramm, das bis Ende des Jahres insgesamt vier Milliarden Euro einspielen soll. "Wir sind voll im Plan mit dem Effizienzprogramm", sagte der Finanzvorstand Bodo Uebber. Der Vorstandsvorsitzende Zetsche hatte auf der Hauptversammlung Anfang April angedeutet, das Programm ausbauen zu wollen.

Der politische Konflikt mit Russland über die Ukraine schreckt Daimler nicht von dem wichtigen östlichen Automarkt ab: "Wir haben keine Investitionen gestoppt - es wäre ein Fehler, alles auf Hold zu setzen", sagte Uebber. Die Politik sei stark gefragt, eine Lösung zu finden. Derzeit sei die Nachfrage nach Pkw in Russland rückläufig. Mercedes habe jedoch gegen diesen Trend zugelegt und im ersten Quartal mit 11.000 Autos rund 2000 mehr verkauft als im Vorjahr. Daimler Trucks dagegen habe die Flaute mit rückläufigem Absatz zu spüren bekommen. [Internet-Link](#)

### Bosch-Siemens erreicht Umsatz-Rekord

## B/S/H/

Rekordumsatz trotz teurer Rückrufaktion: Wegen der Rücknahme gefährlicher Geschirrspüler verzeichnet Bosch Siemens Hausgeräte einen sinkenden Betriebsgewinn. Doch das kann den Konzern nicht stoppen.

Bosch Siemens Hausgeräte bläst zur Attacke gegen die aufsteigende Konkurrenz aus Asien. Der neue Konzernchef Karsten Ottenberg verordnet dem weltweit drittgrößten Hersteller von Waschmaschinen, Kühlschränken und Co. eine anspruchsvollen Wachstumskurs. Innerhalb der

nächsten zehn Jahre soll die gemeinsame Tochter von Bosch und Siemens ihren Umsatz auf 20 Milliarden Euro verdoppeln. Bei konstanter operativer Rendite von sieben Prozent sollen die Münchner außerdem noch ihre Marktanteile ausbauen und sich als globale Nummer zwei oder Nummer eins etablieren. „Wir verfolgen einen aggressiven, ambitionierten Wachstumskurs aus einer Position der Stärke“, verkündete Ottenberg, der im vergangenen Jahr vom Banknoten- und Sicherheitstechnikkonzern Giesecke & Devrient kam. Ottenbergs Kurs erscheint im umkämpften Geschäft mit Hausgeräten ambitioniert. Verstärkt drängen asiatische Riesenkonzerne wie Samsung, LG und Haier auf die westlichen Märkte. So peilt Samsung an, bis 2015 weltweit der größte Anbieter von Haushaltshelfern zu sein und neben BSH auch an der schwedischen Electrolux und dem US-Marktführer Whirlpool vorbeizuziehen.

BSH will im Kampf um die Zukunft seine Investitionen kräftig aufstocken. Vor allem soll die Modellpalette verbreitert und modernisiert werden. Die regionalen Einheiten bekommen mehr eigene Kompetenzen und sollen auch Märkte erschließen, auf denen BSH bisher nur schwach vertreten ist. Der herkömmliche Handel spielt für Ottenberg daher auch nur eine untergeordnete Rolle. Sein Haus arbeite an eine stärkeren Vernetzbarkeit der Geräte und genauerem Zuschnitt auf die Wünsche der Konsumenten. „Die Stückzahl eins ist für uns in der Produktion durchaus ein Thema“, sagte Ottenberg.

Deutsche Standorte sollen nicht unter die Räder kommen, auch das Preisniveau soll nicht sinken. Vielmehr werde BSH seine Konzernmarken von Gaggenau über Neff bis hin zu Constructa und den ausländischen Ablegern prominenter in den jeweiligen Marktsegmenten einsetzen. Selbst im stagnierenden europäischen Geschäft will Ottenberg den Rivalen Kunden abjagen und seinen Marktanteil auf 30 Prozent treiben. „Das kann dazu führen, dass man uns an der einen oder anderen Stelle aggressiver wahrnimmt.“ [Internet-Link](#)

### **Neuer Riese im Containergeschäft Hapag-Lloyd und CSAV fusionieren**



*Die Hamburger Reederei Hapag-Lloyd reagiert auf den Preiskampf in der Containerschifffahrt und geht mit dem chilenischen Konkurrenten CSAV zusammen. Damit hat die Branche einen neuen Player.*

Deutschlands größte Reederei Hapag-Lloyd und ihr chilenischer Konkurrent CSAV legen ihr Containergeschäft zusammen. Beide Seiten unterzeichneten nach wochenlangen Verhandlungen am Mittwoch die Verträge für eine Fusion, wie Hapag-Lloyd am Abend mitteilte. Durch den Zusammenschluss entsteht das weltweit viertgrößte Unternehmen der Branche - mit rund 200 Schiffen und einem Jahresumsatz von etwa neun Milliarden Euro. In der Containerschifffahrt herrscht seit Jahren ein ruinöser Preiskampf, auf den die Reedereien vermehrt mit Allianzen und Zusammenschlüssen reagieren. Wenn die Wettbewerbsbehörden zustimmen, soll das Containergeschäft von CSAV vollständig in Hapag-Lloyd aufgehen.

Die Chilenen würden zunächst mit 30 Prozent an Hapag-Lloyd beteiligt. Nach dem Vollzug der Transaktion sei eine Kapitalerhöhung von 370 Millionen Euro beschlossen, an der sich CSAV mit 259 Millionen Euro beteiligen werde. Dadurch werde der Anteil an Hapag-Lloyd auf 34 Prozent ansteigen. Eine weitere Kapitalerhöhung in Höhe von 370 Millionen Euro werde im Rahmen eines geplanten Börsenganges von Hapag-Lloyd stattfinden. Der Hauptsitz des Unternehmens bleibe Hamburg.

*Aus den Plätzen 6 und 20 wird die Nummer 4*

Die Linienreederei Hapag-Lloyd hat eine lange Tradition. 1970 schlossen sich zwei norddeutsche Unternehmen zusammen: die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag) und der Norddeutsche Lloyd (NDL). Die Wurzeln der beiden Vorläuferunternehmen reichen aber schon bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Heute steht Hapag-Lloyd mit Hauptsitz in Hamburg in der Rangliste der weltgrößten Container-Linienreedereien allein auf Platz sechs. Das Unternehmen steuert mehr als 150 Schiffe und transportiert rund 5,5 Millionen Standardcontainer (TEU). Der

Umsatz betrug 2013 rund 6,6 Milliarden Euro. Bei Hapag-Lloyd arbeiten 7000 Beschäftigte. Die chilenische Compañía Sudamericana de Vapores (CSAV) spielt als einzige Containerreederei Lateinamerikas ganz vorn mit in der Welt-Liga. Mit rund 50 Schiffen und einem Umsatz von etwa drei Milliarden Dollar rangiert das 1872 gegründete Traditionsunternehmen auf Platz 20 der Reedereien. Hinter dem Konzern steht die mächtige Luksic-Gruppe, deren Name auf die kroatische Einwanderer-Familie zurückgeht, die heute eine der reichsten und einflussreichsten Unternehmersdynastien Chiles ist. [Internet-Link](#)

### **Scania-Übernahme wird zur Zitterpartie für VW**



*Der Autoproduzent VW will den Lastwagenhersteller Scania komplett übernehmen. Doch längst nicht alle Aktionäre wollen das Kronjuwel der schwedischen Wirtschaft aus der Hand geben.*

Der Autoproduzent VW will den Lastwagenhersteller Scania komplett übernehmen. Doch längst nicht alle Aktionäre wollen das Kronjuwel der schwedischen Wirtschaft aus der Hand geben, wie die F.A.Z. berichtet. Denn die Übernahme kommt nur dann zustande, wenn bis Freitagabend so viele Scania-Aktionäre ihre Anteilsscheine andienen, dass VW über mehr als 90 Prozent des Kapitals verfügt. Erst ab dieser Schwelle kann Volkswagen nach schwedischem Recht die restlichen Minderheitsaktionäre ganz aus dem Unternehmen drängen (Squeeze-out). Das erklärt, warum VW auf Nummer sicher gehen will und mit einer ungewöhnlich hohen Prämie aufwartet: Die Wolfsburger bieten umgerechnet 22,26 Euro für jede Scania-Aktie – ein Aufschlag von mehr als 50 Prozent auf den Durchschnittskurs der 90 Tage vor Veröffentlichung des Angebots. Trotz des attraktiven Angebots wird der Übernahmeplan zur Zitterpartie. Denn aus den bisherigen Stellungnahmen größerer Investoren lässt sich überschlagen, dass Anleger, die zusammen rund 5 Prozent des Scania-Kapitals vertreten, die Offerte ablehnen wollen. Ob daraus noch eine Ablehnungsquote von mehr als 10 Prozent werden könnte und der Übernahmeplan mithin nichtig werden würde, ist offen. Viele Aktionäre werden sich erst auf den letzten Drücker entscheiden. [Internet-Link](#)

### **Ackerland: Agrar-Riese Cargill kauft sich in der Türkei ein**



*Nach Monsanto will sich nun auch der US-Agrarkonzern Cargill auf dem türkischen Markt etablieren. Über die Türkei soll der Export von pharmazeutischen Hilfsmitteln in den Nahen Osten und Europa abgewickelt werden. Der Konzern kauft Ackerland auf. Doch Bauern und Umweltschützer protestieren.*

Der amerikanische Agrar-Konzern Cargill ist in der Türkei auf Expansions-Kurs und hat das Chemieunternehmen Alemdar Kimya aufgekauft. Er plant eine zusätzliche Investition in Höhe von 50 Millionen US-Dollar. Der türkische Cargill-Vertreter Murat Tarakçıoğlu sagt, dass die Türkei in der gesamten Region immer mehr an Bedeutung gewinne. „Die Türkei wird im Bereich der pharmazeutischen Hilfsmittel, die aus Pflanzen gewonnen werden, zum wichtigsten Technologie- und Exportstandort der Region werden“, zitiert die Zeitung Milliyet Tarakçıoğlu. Im Fokus des Exports stehe der Nahe Osten, Nordafrika und Europa. Doch in der Türkei ist das Unternehmen hochumstritten. Cargill hat es vor allem auf das türkische Ackerland abgesehen. Im Jahr 1998 gründete der Konzern eine Fabrik in Bursa. Die Anlage befand sich auf einem Gebiet, die gesetzlich ihren Ackerland-Charakter behalten musste. Die Lizenz für die Errichtung der Fabrik erhielt das Unternehmen vom zuständigen Gouverneur. Doch die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den Gouverneur und die Lizenz wurde aufgekündigt. Im Jahr 2005 entschied das AKP-Regierungskabinett, den Status des geschützten Ackerlands in eine „private Industrie-Zone“

umzufunktionieren. Das in der Türkei als Cargill-Gesetz bekannte Vorhaben wurde 2008 vom Parlament verabschiedet und von Präsident Abdullah Gül unterzeichnet, berichtet NTVMsNBC. Bauernverbände in der Türkei sahen in dieser Prozedur eine offenkundige Vorteilsgewährung für Cargill. Das Gesetz stelle einen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot der türkischen Verfassung dar. Der Umweltschutz-Verein Doğader berichtet, dass die Cargill-Fabrik in Bursa täglich 6000 Kubikmeter Wasser verbrauche. Das Wasser beziehe der Konzern aus einem Flusslauf des Uludağ-Gebirges. Es wundert nicht, dass der US-Konzern Cargill seine Exportwirtschaft in die Türkei verlegen möchte. Dort genießt der Konzern offenbar große Vorteile. Der Ex-Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Miguel D'Escoto Brockmann, sagte 2008 auf der Überprüfungskonferenz zu den Millenniums-Entwicklungszielen, dass Monsanto und Cargill von den Nahrungsmittel-Krisen in der Welt profitieren würden. Sie gehören zu den Kontrolleuren der Getreidemärkte. Im Jahr der Nahrungskrise 2007 habe Monsanto seinen Gewinn um 45 und Cargill um 60 Prozent gesteigert.

[Internet-Link](#)

## ARTIKEL DES MONATS

### Ein Präsident für alle

*Wie Joachim Gauck die Türken für sich entdeckte. Ein Reisebericht*  
von Özlem Topçu

ZEIT  ONLINE

Die Zeit N° 19/2014, 30.04.2014

Als Joachim Gauck noch nicht Bundespräsident war, hat er einmal gesagt, dass er Thilo Sarrazin für mutig halte. Dessen Buch *Deutschland schafft sich ab* hatte das Land gerade in eine hitzige Debatte gestürzt. Es ging um Integration und ihr Scheitern; um Dinge, die man ja wohl noch sagen dürfe über Türken und Araber, die ständig neue kleine Kopftuchmädchen produzierten und sonst nicht viel. In einem Interview sagte Gauck damals: "Auch Einwanderer müssen ihren Beitrag leisten. Das ist eine Zumutung, die wir bestimmten Milieus etwa aus den ländlichen Gegenden im Osten der Türkei abverlangen müssen."

Vier Jahre später besucht Joachim Gauck als Bundespräsident genau diesen Osten der Türkei, er besucht Anatolien und spricht von dem Respekt, den er für die Türken empfinde. Hier und zu Hause in Deutschland. Es ist seine erste Reise in dieses Land. Hunderte Studenten der renommierten Technischen Universität des Nahen Ostens in Ankara sind gekommen, um ihn zu hören. Die Uni ist ein Hort der hiesigen Studentenbewegung. Gauck steht hinter einem Pult und erinnert an die türkischen Gastarbeiter in Deutschland und ihre Nachfahren, die "seit den 1960er Jahren mit ihrem Einsatz und ihrem Fleiß den Wohlstand der Bundesrepublik mehrten". Auf seiner Reise, das wird deutlich, will er der größten Einwanderergruppe in Deutschland zeigen: Ich interessiere mich für euch und euer Herkunftsland. Etwas ist mit Gauck passiert. Anfangs schien er sich bei diesem Thema noch von seinem Vorgänger Christian Wulff abgrenzen zu wollen. Der hatte am Tag der Deutschen Einheit 2011 gesagt: "Der Islam gehört zu Deutschland." Noch immer ist er bei Türken und Muslimen äußerst beliebt. Als Gauck kurz nach seinem Amtsantritt nach Wulffs Satz gefragt wurde, distanzierte er sich davon: Der Islam gehöre nicht zu Deutschland, wand er sich, aber die Muslime schon. Diese Distanz, die bei ihm immer etwas künstlich wirkte, scheint inzwischen verflogen.

### Gauck sagt jetzt Sätze wie: "Ich bin auch der Präsident der Weddinger"

Joachim Gauck hat sich zu einem Staatsoberhaupt einer modernen Einwanderungsgesellschaft weiterentwickelt. Er zeigt sich auch beim Thema Integration als ein lernender Präsident. Er weiß, wie wichtig das Thema für das führende Land der EU ist. Und er weiß, dass jetzt eine Zeit ist, in der er als Bundespräsident dem Ganzen eine Richtung geben kann. Er lernt nicht, weil er muss, sondern weil er will. Gauck lädt zu literarisch-künstlerischen Soireen ins Schloss Bellevue ein, auf denen niederbayerisch-türkische Bands und postmigrantische Theatergruppen auftreten. Er trifft Experten zu Gesprächen über die Türkei und informiert sich über die doppelte Staatsbürgerschaft. Deutschland hat jetzt einen Bundespräsidenten, der Sätze sagt wie: "Ich bin auch der Präsident der Weddinger." Oder:



"Saß ich da neulich im Café Kotti." Als sei es das normalste der Welt, dass ein Bundespräsident in den sogenannten Problembezirken Berlin-Wedding und Kreuzberg herumhängt. Gauck scheint das Fremde, das andere neu zu entdecken und zu würdigen.

Die Worte Anerkennung und Respekt fallen sehr oft auf dieser Reise. Auch in der Stadt Kahramanmaraş, die noch östlicher, noch anatolischer ist und etwa 100 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt liegt. 292 deutsche Soldaten (unter ihnen fünf türkischstämmige) sind hier stationiert, um mit Patriot-Abwehrraketen den türkischen Nato-Partner vor Geschossen aus dem benachbarten Syrien zu schützen. Gauck fährt erst mal zu einem Flüchtlingscamp, in dem 16 000 Syrer untergebracht sind. Es ist eines von 21 Flüchtlingslagern in der Türkei und gilt nicht gerade als Vorzeigecamp. Man hört, dass sich viele Einheimische davon gestört fühlen, aber das kommt vor dem deutschen Bundespräsidenten nicht zur Sprache. Gauck besucht eine junge syrische Familie in ihrem Zelt und schaut sich eine Tanzaufführung von Flüchtlingskindern an. Es ist alles sehr PR-mäßig, aber Gauck wirkt nicht PR-mäßig bewegt, sondern wirklich gerührt. Während die Kinder tanzen, lächelt er ihnen zu und sitzt auf seinem Stuhl ganz vorn an der Kante. So, als wollte er gleich aufstehen und eines von ihnen in den Arm nehmen.

### **Gauck gibt auf dieser Reise etwas, aber er fordert auch**

Er nennt selbst immer wieder die Zahlen, die ein reiches Land wie Deutschland beschämen müssten: Eine Million Flüchtlinge leben in der Türkei, die türkische Regierung hat seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs mehr als zwei Milliarden Euro für sie ausgegeben – viermal so viel wie Deutschland. Wenn er die enorme Anstrengung der türkischen Regierung, aber auch der aufnahmebereiten türkischen Gesellschaft sehe, sagt Gauck, "müssen wir uns fragen, ob wir all das tun, was möglich wäre". Besonders dann, wenn er in so "bilschöne Kinderaugen" sehe. Das ist die eine Botschaft: Deutschland muss mehr tun, um seinem Partner zu helfen. Die zweite geht nach Hause: Das ist mal etwas, das wir Deutschen von euch Türken lernen können. Gauck gibt auf dieser Reise etwas, aber er fordert auch. Nämlich, dass die Türkei sich als EU-Kandidat würdig erweist. Dass sie den Rechtsstaat und die Demokratie hochhält, das Erreichte nicht verrät. Bei seiner Rede vor den Studenten in Ankara erinnert er auch daran. Es habe ihn erschreckt zu hören, sagt Gauck, dass den Bürgern vorgeschrieben werde, wie sie zu leben haben. Oder dass die Befugnisse des Geheimdienstes kürzlich ausgeweitet wurden. 25 Jahre nach seinem Leben in einem totalitären Staat, sagt Gauck, wisse er, "das Leben in einer Demokratie ist nicht nur die Erfüllung eines Traums, es ist auch harte Arbeit. Die Demokratie braucht den mündigen Bürger."

### **Deutlicher kann ein deutscher Bundespräsident einen Partner wohl nicht kritisieren.**

Es ist keine Rede, die stehende Ovationen bei den Studenten auslöst. Einige wirken eher gelangweilt. Andere protestieren. Unbestätigten Angaben zufolge soll eine Gruppe linksextremer Studenten sogar Fahrzeuge der Delegation mit Steinen beworfen und gegen den "Antikommunisten" demonstriert haben. Vielleicht ist es seine Sozialisation in einer Diktatur, die Gauck dazu befähigt, mit Staatspräsident Abdullah Gül und Premierminister Tayyip Erdoğan über die Gefahren für die Demokratie in der Türkei zu sprechen: In Gaucks Kritik schwingt immer ein wenig Demut mit, kein Paternalismus. Auch wenn Premierminister Tayyip Erdoğan ihm vorwirft, dass er sich in innere Angelegenheiten einmische und sich wohl "immer noch für einen Priester halte". Gauck wird eine Reaktion einberechnet haben - der türkische Regierungschef reagiert sogar auf einzelne Schlagzeilen in Zeitungen, wer hätte da erwartet, dass er die kritische Rede eines Staatsoberhauptes Staatsoberhauptes unkommentiert lässt? Die deutsch-türkischen Beziehungen werden dadurch jedenfalls nicht abkühlen, dafür sind sie zu tief, in sehr unterschiedlichen Bereichen. Die Reise hat sie vielleicht noch weiter vertieft. Denn Gauck spricht nicht allein von westlichen Werten, sondern von universellen. Es sind die Überzeugungen eines Mannes, der erlebt hat, dass mündige Bürger eine deutsche Diktatur in die Knie gezwungen haben. Warum sollte eine Demokratie wie in der Türkei, deren heutigen Zustand er als "Work in progress" bezeichnet, nicht auch weiterkommen? [Internet-Link](#)



## EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)  
-  $\pm 24\%$  unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)  
- 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)  
- stabile Bevölkerungsanzahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP)    ☐ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP)    ☐ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ► Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : \* EU : 38,5 %    (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)  
\* Russland : 7,9%    \* USA : 4,5%  
- Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.  
- Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.  
- Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10% )  
Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

### Die Türkei ist in der Welt :

### Die Türkei ist in Europa :

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen
- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yachthersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals** : € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft** : Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010  
22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region  
+ 69 Millionen GSM-Abonnenten  
+ 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014  
+ 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene  
→ Ausbau des e-governments
- **Tourismus** : Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

### ► REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien

Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch

Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch

Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit

Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte

Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale

Schiedsgerichtsbarkeit

Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen

Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung

Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

**V.i.S.d.P:**  
**TÜSIAD Berlin Office**  
**Märkisches Ufer 28**  
**10179 Berlin**  
**berlinoffice@tusiad.org**